

**Kooperationstagung FH Odenburg und GEW Niedersachsen  
„Verarmung von Kindern und Jugendlichen – Gegensteuern durch Bildung?“**

Margherita Zander

**„Kinderarmut – Was tun? Eine Herausforderung für Politik, Bildungssystem und Soziale Arbeit“**

Liebe Anwesende!

Nathalie, 9 Jahre, gefragt, was für sie Armut bedeutet: *„Wenn man nicht genug zum Anziehen kaufen kann. Wenn man nicht so eine große Familie hat, nur 1 oder 2 Personen oder so. Wenn man nicht unter einem Dach lebt. Wenn man nicht genug zum Essen hat. Wenn man keine Arbeitsstelle hat und kein Geld verdienen kann. Wenn man kein warmes Bett hat. Wenn man kein Fahrrad hat oder ein Auto, um mal irgendwo hinzufahren. Wenn man nicht genug Geld hat. Wenn man nicht zur Schule und nicht in den Kindergarten gehen kann. Wenn man nicht genug Licht ins Haus bringen kann. Wenn man keine Stifte hat zum Hausaufgaben machen. Wenn man nicht Einkaufen gehen kann. Wenn man nichts in seiner Freizeit machen kann. Wenn man keinen Fotoapparat hat, für Erinnerungen. Wenn man etwas zur Schule mitbringen muss, ein Buch oder eine Kassette, und man das nicht hat.“*

Was machen wir mit solchen Kindern, bevor sich die Gesellschaft so ändert, wie wir alle miteinander uns dies hier wünschen?

Der Titel meines Vortrages ist sehr allgemein gehalten, wobei ich hinzufügen muss, dass mir von den Veranstaltern die Vorgabe gemacht wurde, auf die „Pädagogisierung von Armut“ einzugehen. Ich sehe durchaus die Notwendigkeit, eine „Pädagogisierung“ der Armutproblematik dann kritisch zu reflektieren, ja gar zurückzuweisen, wenn damit gemeint ist, dass Armut in erster Linie mit pädagogischen Mitteln bekämpft werden sollte. Armut ist ein gesellschaftliches Problem, und muss daher mit politischen Mitteln bekämpft werden. Also werde ich auch Forderungen an die Politik formulieren.

Aber, dennoch: Adressaten meines Vortrags sollen heute in erster Linie Sie selber sein. Was nämlich ist Ihre nicht nur politische Antwort - als gewerkschaftlich Organisierte -, sondern was ist Ihre pädagogische Antwort?

Ich spreche zu Ihnen einmal als Kinderarmutsforscherin, die sich seit Ende der 1990er Jahre intensiv – in mehreren Forschungsvorhaben – mit der Problematik befasst hat und dabei auch betroffene Kinder selbst - Sie haben es eingangs gehört - und Ihre Eltern – vorwiegend Ihre Mütter – befragt hat. Dabei war es mir wichtig, in Erfahrung zu bringen, wie die Kinder selbst und wie ihre Familien mit den Auswirkungen von materieller wie immaterieller Armut umgehen. Im Mittelpunkt sollten immer die Kinder selbst stehen: Was nehmen sie selber wahr?

Unsere Gesellschaft lässt zu, dass ein erheblicher Teil ihrer Nachkommenschaft in Armut aufwächst, eine Gesellschaft, die wir zu recht als reich bezeichnen, wie dies auch die regierungsamtlichen Armuts- und Reichtumsberichte tun. Immer wieder werden skandalös viele „arme Kinder“ aufgelistet. Nehmen wir beispielsweise nur die regierungsamtliche Statistik, die 1,9 Millionen Kinder ausweist, die in Hartz IV- und Sozialhilfe-Familien leben. Oder die wesentlich höhere Zahl von ca. 2,5 Millionen „armen“ Kindern, wie sie – auf der Basis einer höheren Armutsschwelle - vom Deutschen Kinderschutzbund geschätzt wird, und die im Einladungsflyer zu dieser Tagung übernommen wurde. Jedes Kind davon ist ein armes Kind zu viel. *Nur dass wir diesem Kind auch konkret helfen müssen.* Das kann nicht nur die Politik allein, und hätte sie tatsächlich den Willen dazu und einen großen Zauberstab.

Materielle Armut könnte mit Sicherheit besser aufgefangen werden, als dies zurzeit geschieht. Immaterielle Folgen wirken langfristiger und sind noch schwerer zu beheben.

Ich spreche aber auch als Lehrende an einem Fachbereich Sozialwesen zu Ihnen, und damit muss ich die Armutsproblematik auch pädagogisch und sozialpädagogisch betrachten. So rede ich Sie als Fachkräfte an, weil Sie auf dieser Ebene zwar anders, aber mindestens ebenso gefordert sind wie die Politik. Aus dieser Verantwortlichkeit möchte ich Sie nicht entlassen!

### *1. Kinderarmut – die politische Debatte*

Lange Zeit hat die Politik gezögert, Kinderarmut als eigenständiges Problem aufzugreifen; Kinder wurden als Anhang der Familie betrachtet, sie waren eben „mit arm“, oder wurden sogar als Verursacher des Problems angesehen, bei kinderreichen Familien etwa oder Allein-erziehenden. Kinderarmut als eigenständiges Problem wurde dann erstmals mit dem Zehnten

Kinder- und Jugendbericht der Bundesregierung aufgegriffen, um dessen Veröffentlichung es damals - 1998 - sogar noch Streit gab. Mittlerweile sieht man das Problem sicherlich auch um seiner selbst willen, man wird zudem international darauf gestoßen, wenn beispielsweise U-NICEF die reichen Wohlfahrtsstaaten dazu ermahnt, effizientere Maßnahmen zur Bekämpfung von Kinderarmut zu ergreifen oder die EU ihren Mitgliedsstaaten eine Berichtsverpflichtung auferlegt und über gemeinsame Strategien debattiert.

Aber wir haben parallel zur Kinderarmutsdebatte auch eine (nationale) demographische Debatte, in welcher Kinder als Nachwuchs einfach wieder wichtig sind. Fehlende Kinder erzeugen Altersarmut - arme Kinder und arbeitslose Jugendliche erwirtschaften schlechte Renten. Wenn sich also zehn Jahre später – nach der strittigen Veröffentlichung des erwähnten Kinder- und Jugendberichtes - alle Parteien in ihren programmatischen Aussagen auf Kinderarmut beziehen, schwingt immer auch dieser Aspekt mit.

Ich weiß, das ist ein harter Vorwurf: Ich nehme den Parteien nicht ab, dass sie es wirklich ernst meinen, mit der Bekämpfung der Kinderarmut. Dafür sind die ergriffenen Maßnahmen wie Kindergeldzuschlag, Elterngeld-Reform oder die von der Familienministerin favorisierte Idee eines gestaffelten Kindergeldes nicht nur zu zögerlich, sondern teilweise sogar kontraproduktiv. Der Einfachheit halber möchte ich mich hier nur auf die Regierungsparteien und ihre programmatischen Äußerungen beziehen: Sehen wir einmal davon ab, dass dabei viel politische Rhetorik im Spiel ist! Trotz mancher sinnvollen Einzelmaßnahme führen dennoch die jeweiligen parteipolitischen Traditionslinien in der Großen Koalition immer wieder zu Kompromissen, die keine zielgerichtete politische Bekämpfung der Armutproblematik zulassen. Und die vorherige Regierung hat dies auch versäumt!

In der CDU liegt der Schwerpunkt traditionell eher bei der Stärkung der Familie, die sie auch finanziell erheblich fördern will – steuerpolitisch, oder um ein Steckenpferd der Familienministerin anzuführen, mit einem gestaffelten Kindergeld, wovon vor allem kinderreiche Familien profitieren würden. Seit neuerem hat sie auch den Ausbau des Betreuungsangebots für Kinder im Vorschul- und Schulalter auf dem „Zettel“, worin sie sich sicherlich mit der SPD trifft. Die SPD setzt nach wie vor – ich verweise auf den „Aktionsplan für gleiche Lebenschancen vom Juni 2008“ - auf die staatlichen Instanzen und auf Bildungspolitik. Alle sind den

Kindern „wohlgesinnt“, nur mit ein bisschen anderen Worten, und immer steckt der Teufel im Detail. Die bisher vorgeschlagenen und teilweise auch durchgeführten finanziellen Maßnahmen – wie etwa Erhöhung des Kindergeldes (um 10 Euro) oder des Kindergeldzuschlages oder bestimmte Steuerleichterungen - erreichen aber immer nur Teilgruppen; stets gehen doch diejenigen Familien leer dabei aus, welche auf Sozialhilfe, Sozialgeld oder ALG II angewiesen sind. Ihnen wird nämlich jede Erhöhung des Kindergeldes sofort wieder abgezogen, und Steuererleichterungen erreichen sie sowieso nicht. Ich muss Ihnen nicht erklären, dass von dem neuen Elterngeld de facto besser qualifizierte beiderlei Geschlechts mit höherem Einkommen profitieren. Greifen dürfte wohl der in diesem Monat erweiterte Kindergeldzuschlag, eine Leistung, die Familien im Niedriglohnbereich spürbar entlasten soll und von der man annimmt, dass damit ca. eine Viertelmillion Kinder vor materieller Armut bewahrt werden.

„Viele erwerbstätige Eltern brauchen diese zusätzliche Unterstützung, weil ihr Einkommen nicht ausreicht, um den Unterhalt für die ganze Familie zu sichern.“ – so die Familienministerin. Die SPD würde hier sicherlich stärker auf Mindestlöhne setzen. Aber auch mit dem Kindergeldzuschlag wird wiederum nur eine Teilgruppe erreicht, neben den so genannten „working poor“ auch Alleinerziehende, die – warum auch immer – Sozialhilfeleistungen nicht in Anspruch nehmen wollen.

Nach wie vor wird aber nicht an einer entscheidenden Stelle angesetzt – nämlich an den zu niedrigen Kinderregelsätzen. Dass die Höhe des Kinderregelsatzes – der zunächst um sage und schreibe einen Euro auf 208 € und dann noch einmal um 3 Euro auf 211 pro Monat angehoben wurde – in vielerlei Hinsicht nicht bedarfsdeckend ist, wird schon seit längerem beispielsweise von den Wohlfahrtsverbänden und der Nationalen Armutskonferenz heftig kritisiert. Selbst die Bund-Länder-Konferenz der Bildungsminister hat letztes Jahr schon die Sorge geäußert, dass in der Folge die betroffenen Familien nicht in der Lage seien, zusätzliche Schulmaterialien zu erstehen oder das Essensgeld in der Schule zu bezahlen. Seit neuerem gibt es übrigens eine Expertise des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes, die dies unterstreicht.

Oder wenn Sie es anders haben wollen – ich war neulich mit meinen Studierenden zu einer Hospitation in einem Kinderheim. Man führte uns durchs Haus und wir erörterten die Probleme der Kinder, die in der Wohngruppe leben. Natürlich kamen wir auch auf die finanzielle Ausstattung zu sprechen. Da rechneten uns die Betreuerinnen vor, wie knapp sie – auf Grund

des zu niedrigen Regelsatzes – mit allen Ausgaben für die Kinder – und vor allem auch mit den Essensausgaben – kalkulieren müssten. Was uns da vorgerechnet wurde hat uns alle derart berührt, dass wir die angebotenen Plätzchen stehen ließen. Wir hatten das Gefühl, wir würden sie den Kindern wegessen.

Ähnlich kritisch ist auch die Höhe des Kindergeldes zu betrachten. Die auf politischer Ebene – sogar verhalten, weil teuer - diskutierte Erhöhung um 10 Euro gleicht nicht einmal die Preissteigerungen seit 2002 – der letzten Kindergelderhöhung – aus. Hier möchte ich noch einmal betonen, dass mir die Anrechnung des Kindergeldes auf Sozialhilfe, Sozialgeld und ALG II als der eigentliche Skandal erscheint, weil so die Familien, die es am dringendsten nötig hätten, von einer eventuellen Erhöhung ausgeschlossen bleiben! Dass es zudem eine Gerechtigkeitslücke zwischen Kindergeld und Steuerfreibeträgen für Kinder gibt, die nur von Familien mit höherem Einkommen eingelöst werden können, steht auf einem anderen Blatt.

Auf internationaler Ebene hat die Bundesrepublik bescheinigt bekommen, dass sie zwar einen relativ hohen Anteil des BSP für kinder- und familienpolitische Leistungen ausgibt, aber diese Mittel nicht wirklich effizient zur Bekämpfung von Kinderarmut verwendet werden. Ein grosser Teil der Mittel – wie z.B. das Ehegattensplitting und Steuererleichterungen – wird nämlich nur im Sinne konservativer Familienpolitik eingesetzt.

Konsequent erschiene mir daher eine bedarfsorientierte Grundsicherung für alle Kinder, und wenn es anders nicht finanzierbar ist, dann eben eine einkommensabhängige. Man würde dann von einem Grundbetrag ausgehen, der den Lebensbedarf von Kindern abdeckt, und der allen Kindern zustehen soll. Ab einem bestimmten Einkommen der Eltern aufwärts würde dieser Grundbetrag jedoch angerechnet, d. h. sinken.

Nun ist aber Armut nicht nur ein monetäres Problem, und daher auch nicht nur mit finanziellen Mitteln zu beseitigen. Wieder möchte ich mich auf die internationale Debatte über Kinderarmut beziehen: Auf die UN-Kinderrechtskonvention und die internationale Berichterstattung zur sozialen Lage der Kinder. In Artikel 27 der UN-Kinderrechtskonvention verpflichten sich die Vertragsstaaten dazu, angemessene Lebensbedingungen für alle Kinder sicherzustellen. Somit auch die Bundesrepublik, selbst wenn sie nach wie vor ihren Vorbehalt geltend macht, die Kinderrechte uneingeschränkt auf Migrantenkinder anzuwenden! Die Vertragsstaaten er-

kennen darin das Recht jedes Kindes „auf einen seiner körperlichen, geistigen, seelischen, sittlichen und sozialen Entwicklung angemessenen Lebensstandard an.“ Was darunter zu fassen wäre, darüber könnten wir lange diskutieren. Klar ist für mich, dass dieses Recht für Kinder, die bei uns in relativer Armut aufwachsen, nicht verwirklicht ist. Im UNICEF-Report von 2007 wird Armut als Einschränkung kindlichen Wohlbefindens betrachtet, wobei folgende Dimensionen in den Blick genommen werden:

- materielles Wohlbefinden,
- Gesundheit und Sicherheit im Alltag,
- bildungsmäßiges Wohlbefinden,
- familiäre und Gleichaltrigenbeziehungen,
- Verhaltensauffälligkeiten (Risikoverhalten),
- Subjektives Wohlbefinden des Kindes.

Dieses Armutsverständnis kommt meinem sehr entgegen, weil ich in meiner Forschung immer schon die gesamte Lage der Kinder zum Ausgangspunkt der Analyse genommen habe.

Dieses Armutsverständnis umgreift aber auch ihre Rolle hier:

Sprechen wir also über Soziale Arbeit, Pädagogik und Bildung.

## *2. Neue Armutsformen als neue Herausforderung für Soziale Arbeit und das Bildungssystem*

Bevor wir darüber reden, was Soziale Arbeit und das Bildungssystem heute im Armutskontext zu leisten vermögen, gilt es eine Differenzierung hinsichtlich der aktuellen Erscheinungsformen von Armut vorzunehmen: Wir haben es wohl einerseits immer noch mit dem bekannten Phänomen der „sozial vererbten Armut“ zu tun, die wir vorwiegend in den „sozialen Brennpunkten“ der Städte vorfinden. Mit diesen Erscheinungsformen von so genannter „alter Armut“ waren Schulen, Kindertagesstätten und Horte, die in solchen Stadtteilen angesiedelt waren, immer schon konfrontiert. Bezeichnender Weise spricht man in diesem Zusammenhang auch von „Brennpunktschulen“, die dann notgedrungen auf die häusliche Lebenslage der Kinder reagieren mussten. Gleiches gilt auch für die Kitas und Horte. Insbesondere ist es jedoch die Soziale Arbeit, die traditionell - sei es in der sozialpädagogischen Familienhilfe, in der Familien- und Erziehungsberatung oder in gemeinwesenorientierten Angeboten - in solchen

Stadtteilen tätig war und ist. Diesen Teil der Armutproblematik hat die Soziale Arbeit also traditionell im Blick, dazu hat sie entsprechende Arbeitskonzepte entwickelt, und reagiert darauf – jenseits der engeren Hilfen für die Familien – auch mit stadtteilorientierten Konzepten.

Ich möchte hier jedoch mit Nachdruck Ihr Augenmerk auf neuere Erscheinungsformen von Armut lenken. Denn darauf scheint mir weder die Soziale Arbeit noch das Bildungswesen vorbereitet zu sein.

Aktuell hat die Kinderarmutsproblematik in der bundesrepublikanischen Gesellschaft nicht nur neue quantitative Dimensionen angenommen, sondern sie ist in andere gesellschaftliche Schichten eingebrochen, die sich bisher davor sicher wähnten. Hatten wir bereits seit den 1980er Jahren zahlenmäßig einen kontinuierlich ansteigenden Trend zu verzeichnen, so hat die materielle Verarmung in den letzten Jahren noch drastisch zugenommen und dabei auch ein anderes Gesicht bekommen. Es ist nicht mehr – quantitativ gesehen – in erster Linie die traditionelle Armutspopulation, die überwiegt, sondern es sind neue Formen von Armut hinzugekommen, die in der pädagogischen wie sozialpädagogischen Praxis überall immer noch zu wenig beachtet werden.

Die Ausbreitung dieser neuen Armutformen wird durch die anhaltend hohe Arbeitslosigkeit verursacht, sie ist auch Folge von prekären Beschäftigungsformen und einer Ausweitung des Niedriglohnsektors, von zu niedrigen Erwerbseinkommen also, mit denen man keine mehrköpfige Familie ernähren kann. Das muss ich Ihnen – als gewerkschaftlich Organisierten – nicht erzählen. Dass nach der Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe – Stichwort: Hartz IV -Armut und Armutbedrohung weitere Kreise zieht, ist Ihnen sicherlich auch nicht neu. Ebenso dürfte Ihnen vertraut sein, dass davon insbesondere Familien mit mehreren Kindern und Alleinerziehende betroffen sind, so dass Trennungen und Scheidungen häufig nicht nur zu psychischen Belastungen für die Kinder, sondern auch zu materieller Verarmung führen.

Und eine weitere Gruppe dürfen wir nicht vergessen: Kinder aus Migrantenfamilien leben doppelt so häufig in Armutverhältnissen – insbesondere Kinder aus Flüchtlingsfamilien, die ja generell am Rande unserer Gesellschaft angesiedelt sind. Immerhin hat selbst die Familien-

ministerin vor kurzem in einem Interview mit der Süddeutschen Zeitung (16.09.08) erwähnt, dass arme Migrantenfamilien oft zweifach in der Falle stecken: Weil den Eltern häufig die berufliche Qualifikation fehle und weil sie generell schlechtere Chancen auf dem Arbeitsmarkt hätten. Es gelte daher vor allem darauf zu achten, dass diese Kinder möglichst früh in den Kindergarten kämen, wo sie eine Chance hätten, „dank früher Förderung der Armut zu entkommen.“ Nicht erwähnt hat sie allerdings die Kinder aus Flüchtlingsfamilien, die nicht nur keine Lobby haben, sondern wo Armut – um es drastisch zu benennen – politisch durchaus gewollt ist.

All diese neuen Erscheinungsformen von Armut gehen einher mit Verarmungsprozessen, die in den Familien – systemisch betrachtet – nicht nur materielle Knappheit, sondern auch psychosoziale Belastungen und Rollenverschiebungen auslösen können. Und diese belasten die Kinder teilweise stärker als materieller Verzicht. Wir haben es nun eher mit Armutslagen zu tun, die nach außen zunächst wenig(er) auffällig sind, was nicht zuletzt auf das häufige Bestreben dieser Familien zurückzuführen ist, die materielle Knappheit nach außen zu verbergen und möglichst „Normalität“ aufrecht zu erhalten. In dieses Bestreben werden auch die Kinder eingebunden. Diese entwickeln aber auch auf Grund der gesellschaftlich negativen Konnotation von Armut, weil sie die Eltern schonen und sich selbst nicht bloßstellen wollen, oft schon von sich aus solche eher defensiven Bewältigungsmuster.

Im Ergebnis haben wir es mit einer stark kaschierten Problemlage zu tun, so dass sich für all jene, die mit diesen Kinder in ihrem Berufsalltag zu tun haben, die Frage stellt: Wie können wir dieser Problematik auf die Spur kommen? Wo müssen wir ansetzen? Dies gilt für die Soziale Arbeit ebenso wie für Schulen, für Kindergärten, Kindertagesstätten und Horte (sofern es diese noch gibt).

Hinzu kommt ein Weiteres: Während die so genannten „alten Erscheinungsformen“ von Armut sich in bestimmten Stadtteilen verdichtet haben, auf die man auch mit entsprechenden Konzepten der Sozialen Arbeit oder mit infrastrukturellen Maßnahmen der Kommunalpolitik reagieren konnte, sind die neuen Armutformen auch räumlich nicht so leicht lokalisierbar, weil sie bis in die Mittelschichten hineinwachsen. Das hat natürlich Konsequenzen, wenn auf kommunaler Ebene Maßnahmen zur Bekämpfung von Kinderarmut ergriffen werden sollen.

Das hat auch Konsequenzen für die Schule und alle anderen Einrichtungen des Bildungssystems!

Daher müssen neue Angebote etabliert werden, in allen Stadtteilen, in Schulen, Horten und in der Kinder- und Jugendarbeit, welche der Problematik der eher „unsichtbaren Armut“, gerecht werden. Es müssen dies vor allem „nicht diskriminierende Konzepte“ sein, also Angebote mit einer niedrigen Zugangsschwelle für alle Kinder. Nur dann werden Sie auch die Kinder erreichen, die in diesen neuen Armutslagen leben. Dass dies jedoch nicht nur ein konzeptionelles Umdenken erfordert, sondern auch politisches Handeln, versteht sich: Die Politik müsste hierfür auf kommunaler Ebene erst den finanziellen Rahmen bereitstellen und eine entsprechende sozialpädagogische Infrastruktur fördern, etwa durch mehr Schulsozialarbeit. Hilfreich wäre hier vor allem auch eine engere Kooperation zwischen den an den Schulen beschäftigten SozialarbeiterInnen und den Lehrkräften. Dies erproben wir gerade an Münsteraner Grundschulen mit viel Zuspruch aus dem Lehrerkollegium.

In der Tat ist die Armut von Kindern - in der Vielfalt ihrer Erscheinungsformen – schon längst in allen Schultypen angekommen, nicht nur in Haupt- und Förderschulen, wohin immer schon ein höherer Anteil von sozial benachteiligten Kindern verwiesen wurde und (natürlich) leider weiterhin geschickt wird. Dies nicht zuletzt auch infolge einer Praxis von Schullaufbahneempfehlungen, die kritisch unter die Lupe zu nehmen wäre, wie neuere Kinderarmutsstudien – so beispielsweise die AWO-ISS-Studie (Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik in Frankfurt) - zeigen. Die Kinderarmutsproblematik hat mittlerweile längst alle Grundschulen erreicht, und tritt nicht mehr nur in Brennpunktschulen auf, die das kennen und darauf zu reagieren gelernt haben. Sie werden es sicherlich aus eigener Erfahrung bestätigen können, weil sie bereits unverkennbare Indizien bei den Kindern festgestellt haben: Dass manche Kinder das Geld für einen Schulausflug oder für das Schulessen nicht aufbringen können, dass zusätzliche Lehrmaterialien nicht angeschafft werden können, dass bestimmte Situationen von den Kindern gemieden werden, ja möglicherweise auch, dass manche Kinder häufiger krank sind als andere, dass sie in vielerlei Hinsicht – was die üblichen Konsumgegenstände, den Freizeitbereich und soziale Aktivitäten betrifft – nicht mithalten können. Dass die Armut von Kindern inzwischen in allen Schultypen ein Problem darstellt, können wir außerdem an der

Statistik ablesen. Also müssen alle Schulen, besonders aber die Grundschule angesichts neuer Armutsformen nach handfesten Lösungen suchen.

Allerdings hat sich – meines Erachtens – die „Schule“ als Institution bislang mit der auf sie zukommenden Problematik eher schwer getan. Jedenfalls habe ich das selbst so wahrgenommen, als wir für unsere Kinderbefragungen mit Schulen zu kooperieren hatten. So wurde in manchen Schulen das Problemfeld aus Prestige Gründen kaschiert. Allerdings: Spätestens mit der durch die PISA-Studien angestoßenen öffentlichen Debatte über den ausbleibenden Schulerfolg von Kindern aus sozial benachteiligten und Migrantenfamilien scheint mir der Stein ins Rollen geraten zu sein. Der eigentliche gesellschaftlich debattierte Skandal war dabei jedoch weniger die Armut von Kindern in Deutschland, sondern zunächst das missliche Ranking in der internationalen Erfolgsstatistik von Bildung.

Seit kürzerem scheint das Thema aber auch im schulischen Rahmen mit einer anderen Stoßrichtung aufgegriffen zu werden. So hat zum Beispiel die renommierte „Grundschulzeitschrift“ vor knapp einem Jahr ein Heft mit dem Schwerpunktthema Kinderarmut veröffentlicht, in dem sie die Problematik in ihren unterschiedlichen Facetten diskutiert und auch konkrete Vorschläge für den pädagogischen Umgang damit unterbreitet. Sei's drum, besser sinnvolle Schulreformen, die hier helfen, als gar keine, sei die Motivation auch manchmal schief.

Was kann Schule tun? Zu allererst muss sie die Problematik bewusst aufgreifen und direkt in den schulischen Alltag integrieren. Erwähnen möchte ich hier als *Beispiel* – sicherlich stellvertretend für viele andere Schulen, die einen ähnlichen Umgang mit der Problematik entwickelt haben mögen – die Berliner Thomas-Mann-Grundschule.

Diese Grundschule liegt in einem Ostberliner Altbaukiez, der zwar nicht mehr das ist, was man landläufig als einen sozialen Brennpunkt bezeichnet, aber in dem dennoch ein hoher Anteil von Bewohnerinnen und Bewohnern von Armut betroffen oder bedroht ist. Als Indiz mag gelten, dass in der genannten Grundschule mehr als ein Drittel der Kinder von der Lernmittelzuzahlung befreit sind, und dass 14,4 % der Kinder und Jugendlichen (unter 18 Jahren) im Kiez von Sozialgeld (oder ALG II) leben. Ich wähle dieses Beispiel auch, weil in Ostdeutschland teilweise die Kinderarmutsquote doppelt so hoch ist wie im Westen.

Diese Schule hat ein Konzept entwickelt, demzufolge die Armutproblematik auf drei Ebenen zu berücksichtigen ist: (*Folie*)

- als Inhalt von Unterricht,
- als gelebte Solidarität im Schulalltag,
- als Begründung zur Profilierung des Schulprogramms (siehe: Grundschulzeitschrift, Dezember 2007, Heft 210).

Bemerkenswert finde ich, dass die Leitung dieser Schule ihr schulisch-künstlerisches Profil ausdrücklich damit begründet, „dass viele Kinder nach der Wende nicht mehr die Möglichkeit hatten, am kulturellen Leben der Stadt teilzunehmen“, gerade das aber den Kindern – unabhängig von der finanziellen Lage und vom Bildungshintergrund der Familie - ermöglicht werden müsse.

Schule muss ihren Bildungsauftrag weiter fassen und dabei auch die Lebenssituation und familiären Milieus der Kinder im Blick haben. Nicht jedes Kind kann im engeren schulischen Sinne ein leistungsfähiges Kind sein. Dennoch hat es den Anspruch, optimal – in seinen spezifischen Fähigkeiten und Neigungen und auch in seinen sozialen Kompetenzen - gefördert zu werden. Dafür werden Sie möglicherweise andere Rahmenbedingungen brauchen, aber entsprechende Diskussionen gilt es voranzutreiben. Und vor allem sollten jene Möglichkeiten nicht verpasst werden, die sich für eine umfassende individuelle Förderung mit der Ganztagschule eröffnen.

Was für die Schule gilt, trifft umso mehr für den Elementarbereich, die Kindertageseinrichtungen zu. Die Kita kann besonders früh mit gezielter Förderung einsetzen und dürfte im Übrigen auch bessere zeitliche und konzeptionelle Rahmenbedingungen haben, um auf die versteckte neue Armutproblematik einzugehen. So hat etwa die Bundesvereinigung Evangelischer Tageseinrichtungen für Kinder e.V. in Zusammenarbeit mit dem Diakonischen Werk eine „Arbeitshilfe zum Umgang mit Kinderarmut und Kindesvernachlässigung“ erarbeitet.

Die Empfehlungen dieser Arbeitshilfe lauten:

- Ausbau präventiver Angebote für Kinder, (Stichwort: gezielte Förderung der Stärken von Kindern)
- Orientierung hin auf Elternberatung und Elternbildung (Stichwort: Stärkung der Ressourcen der Familien)
- und drittens Vernetzung von Hilfsangeboten.

Zweifellos kämen damit auf das pädagogische Personal in den Kindertageseinrichtungen - zumindest teilweise - neue oder erweiterte Aufgaben zu. Daher betont die Arbeitshilfe auch, dass die Leitung und die Träger der Einrichtungen ebenfalls in der Pflicht stehen, auf die Armutsproblematik zu reagieren. Also: Es reicht nicht, wenn die einzelne Erzieherin oder selbst das Team diese Aufgabe für sich annimmt, es müssen die entsprechenden Rahmenbedingungen – personeller wie finanzieller Art – hergestellt werden. Dabei erfordert das Reagieren auf die neue Armutsproblematik keineswegs ein völliges Umdenken, wohl aber eine Sensibilisierung für die neuen Dimensionen des Problems.

Zweierlei also: Es gilt im Elementar- wie Grundschulbereich die erforderlichen institutionellen Rahmenbedingungen zu schaffen, um auf die Armutsproblematik angemessen reagieren zu können. Es bedarf aber auch einer konzeptionellen Neuorientierung, die sich m. E. in allen pädagogischen Bereichen – Kita, Schule, Kinder- und Jugendhilfe - an einem gemeinsamen Grundgedanken orientieren sollte: An der „Stärkung der Widerstandsfähigkeit dieser Kinder“, an der „Förderung ihrer Resilienz“. Dazu werden Sie im zweiten Vortrag sicherlich noch einiges konkreter erfahren. Aber ich möchte diesen Gedanken hier schon vorwegnehmen, weil ich zutiefst überzeugt bin, dass dieses Konzept gerade Kindern in Armutsverhältnissen sehr zugute kommen könnte.

Zentral ist mir der pädagogische Paradigmenwechsel, der damit einhergeht: Man müsste also vor allem an den Potenzialen und Stärken der Kinder ansetzen und danach fragen: Was kann getan werden, um diese Kinder bei der Bewältigung ihrer erschwerten Ausgangslage zu unterstützen? Was könnten von außen kommende schützende Faktoren sein, die diesen Kindern helfen, die mit dem Armutsrisiko verbundenen Belastungen und Entwicklungshemmnisse zu meistern? Ich sage dies vor allem auch mit Blick auf die Schule, welche nämlich für solche Kinder sowohl zu einem Risiko- als auch zu einem Schutzfaktor werden kann – Risiko, wenn sie diese Kinder überfordert und sie ausgrenzt und stigmatisiert, Schutz, wenn es ihr gelingt, diese Kinder so zu fördern und sozial einzubinden, dass sie, in ihrem Selbstwertgefühl gestärkt, ihre Situation besser meistern können. Schule, aber auch die Kita – als Orte der Bildung - könnten diese Kinder an die Hand nehmen und sie Schritt für Schritt auf der Wendeltreppe nach oben begleiten, wie wir gleich noch sehen werden.

#### 4. *Pädagogisierung von Armut? Oder „Wie verstehen Sie Ihren pädagogischen Auftrag?“*

Wir haben in der Bundesrepublik mittlerweile eine Reihe von Studien, die Aufschluss über die möglichen Auswirkungen von Armut auf die kindliche Entwicklung in den verschiedenen Altersstufen sowie auf die unterschiedlichsten Entwicklungsbereiche geben: Auswirkungen auf ihre physische, psychische, soziale und moralische Entwicklung. Dabei sind Kinder immer als Mädchen und Jungen, also in ihrer geschlechtlichen Differenziertheit zu betrachten. Die immer noch geschlechtsspezifisch geprägte Sozialisation führt dazu, dass Mädchen und Jungen auch geschlechtsspezifisch unterschiedliche Bewältigungsmuster im Umgang mit Armut an den Tag legen.

Die erwähnten Studien – so die von Antje Richter (2000) oder die mehrbändige Längsschnittstudie des ISS (Instituts für Sozialarbeit und Sozialpädagogik) oder die beiden Studien, an denen ich selbst beteiligt war (eine in Jena und eine in Münster), kommen letztlich zu der gemeinsamen Erkenntnis, dass hier auf mehreren Ebenen gleichzeitig reagiert werden muss: Auf der gesellschaftspolitischen Ebene, auf der Ebene der Familien sowie auf der Ebene der außerfamiliären Lebenswelten, sei es die Kita oder die Schule oder das unmittelbare Wohnumfeld. Selbstredend wird man zunächst bei den Kindern selbst ansetzen und ihre Perspektive nachvollziehen. Gemeinsame Erkenntnis ist ebenso, dass für die kindliche Bewältigung der familiären Armutssituation belastende und entlastende Faktoren – oder wie es die Resilienzforschung nennt – Risiko- und Schutzfaktoren eine wichtige Rolle spielen. Risiko- und Schutzfaktoren kann das Kind selbst in sich tragen, sie können in der Familie angesiedelt sein, sie können aber auch in seinem weiteren sozialen Umfeld – und hiermit wären wir bei Ihnen – zum Tragen kommen. Gerade arme – weil in ihrer Entwicklung gefährdete – Kinder brauchen häufiger Unterstützung von außen.

Ich kann hier – leider - nicht näher oder konkreter auf das Konzept der Resilienzförderung eingehen, möchte aber doch den Bildungsauftrag von Kita und Schule sowie die Aufgabe der Kinder- und Jugendhilfe – beispielsweise in der Sozialpädagogischen Familienhilfe oder im Allgemeinen Sozialen Dienst - mit diesem Konzept in Verbindung bringen. Nach Edith Grotberg kann Resilienzförderung kurz umschrieben werden: An den „inneren Stärken“ der Kin-

der ansetzen, „äußere Schutzfaktoren“ mobilisieren und die „kindlichen Fähigkeiten“ zur Problembewältigung fördern.

Genau so wäre m. E. auch der Bildungsauftrag von Kita und Schule zu verstehen oder zu erweitern, wenn man von einem breiteren Bildungsverständnis ausgeht – wie es beispielsweise Göppel formuliert –, nämlich Bildung als „Erwerb von Fähigkeiten, sein Leben sinnvoll und verantwortlich zu gestalten“.

Rede ich damit etwa einer Pädagogisierung von Armut das Wort? Ich meine mitnichten. Sicher: die Armutproblematik dürfte von der Gesellschaft nicht an die Pädagogik delegiert werden – die Pädagogik kann aber das Problem – solange es real existiert – nicht ignorieren. Sobald und solange es „arme Kinder“ gibt und diese in der Kita, in der Schule und im Arbeitsfeld der Kinder- und Jugendhilfe präsent sind, müssen Sie darauf auch pädagogisch reagieren. Das ist sicherlich eine zusätzliche Belastung und in mancher Hinsicht auch eine neue Herausforderung. Unter den gegebenen institutionellen Rahmenbedingungen kann dies sogar zur Überforderung werden, nicht zuletzt weil Sie als Lehr- und pädagogische Fachkräfte möglicherweise auf diese Problematik nicht ausreichend vorbereitet sind. Dennoch: Sie müssen handeln, weil Sie diese Kinder schlicht vor sich haben und sie Ihnen anvertraut sind. Damit entlassen Sie die Politik nicht aus deren Verantwortung. Im Gegenteil: Ich würde Sie jederzeit ermuntern, der Politik auf die Füße zu treten. Konfrontieren Sie Ihre Vorgesetzten und die Ihnen zugänglichen politischen Entscheidungsträger mit den Auswirkungen von Armut, die Sie in ihrem beruflichen Umfeld zu bearbeiten haben! Tun Sie dies mit allen Ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln! Als gewerkschaftlich Organisierte können Sie sicher davon ausgehen, dass Sie ihre Gewerkschaft als politisches Sprachrohr nutzen können. Machen Sie sich zur politischen Lobby für diese Kinder!

Dennoch müssen Sie jeder für sich erst einmal diese spezifische Bildungsaufgabe annehmen. Sie können Sie nicht von sich weisen, weil diese Kinder tagtäglich da sind. Gerade deswegen sollten Sie sich auch öffentlich gegen diese gesellschaftliche Zumutung lautstark wehren. Es wäre nur konsequent, auch vor Ort, also in Ihrer Kita oder Schule, im Kinder- und Jugendhilfeausschuss ständig auf diesen gesellschaftlichen Missstand und die Folgen für die Kinder und die Gesellschaft hinzuweisen; sprechen Sie darüber, machen Sie es zum Thema. Fordern Sie hörbar und konkret angemessene Rahmenbedingungen – Sie kennen sich vor Ort ja aus!

So manche Anregung zum pädagogischen Umgang mit diesen Kindern könnten Sie – dies wäre jedenfalls mein abschließendes Plädoyer – im Konzept der Resilienzförderung finden, das im nachfolgenden Vortrag wohl ausführlicher vorgestellt wird.

Deshalb möchte ich mit einem Zitat von Emmy Werner, der Pionierin der Resilienzforschung schließen, die die Erkenntnisse ihrer langjährigen Forschung mit Worten zusammenfasst, die Ihnen auch Mut machen sollten:

*Die lebensbegünstigenden Eigenschaften der widerstandsfähigen Kinder und ihre Unterstützung, die sie in ihrer Familie und ihrer Gemeinde fanden, waren wie Stufen einer Wendeltreppe, die mit jedem Schritt und Tritt das Kind zu einer erfolgreichen Lebensbewältigung führten. Der Lebensweg war nicht immer gradlinig, aber aufwärts gerichtet, der Endpunkt war ein leistungsfähiger und zuversichtlicher Mensch, der hoffnungsvoll in die Zukunft blickt.“ (Werner 1999)<sup>1</sup>*

*(Folie)*

Vielleicht wäre schon ein Anfang gemacht, wenn Nathalie dann über Armut auch sagen könnte: Wenn man nicht genug hat, aber mit anderen darüber reden kann und Unterstützung erfährt.

---

<sup>1</sup> Siehe: Werner 1999, S. 31